Zeitung des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE / Märkisch-Oderland

DIE LINKE. IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde *September 2007*

Der Kreisvorstand der LINKEN in Märkisch-Oderland unterstützt den Aufruf der Friedensbewegungen Deutschlands zu einer Demonstration und Kundgebung am 15. September 2007 ab 12.00 Uhr auf dem Berliner Alexanderplatz und am Roten Rathaus zur Forderung:

Bundeswehr raus aus Afghanistan!



Wir fordern alle Mitglieder und Freunde, Frauen und Männer unseres Landkreises auf, sich an dieser Demonstration und Kundgebung zu beteiligen! Macht Treffpunkte aus und fahrt gemeinsam! Bringt Fahnen und Plakate mit! Sprecht den Nachbarn an und fordert mit Flugblättern zur Teilnahme auf! Nutzt die Unterschriftenkampagne zur Mobilisierung für die Kundgebung! Informiert flächendeckend über die Situation in Afghanistan und die Position der LINKEN!

Aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 7. Juli

Im September und Oktober wird der Deutsche Bundestag erneut über die Verlängerung bzw. Nichtverlängerung der Afghanistan-Mandate entscheiden. Im September stehen das ISAF-Mandat und der Tornado-Einsatz zur Entscheidung. Im Oktober muss über eine Verlängerung des Mandates zur Operation Enduring Freedom entschieden werden. Es steht also die Entscheidungsfrage: Bleibt die Bundeswehr in Afghanistan oder wird die Bundeswehr abgezogen. Eine Bevölkerungsmehrheit ist für den Abzug der Bundeswehr, die Fraktion DIE LINKE wird im Deutschen Bundestag den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordern.

Diese Entscheidungssituation nimmt die Friedensbewegung zum Anlass, um mit der bundesweiten Demonstration und Kundgebung außerparlamentarisch dazu beizutragen, dass aus einer Meinungsmehrheit in der Bevölkerung eine politische Mehrheit werden kann. Die Friedensbewegung will damit anknüpfen an die erfolgreiche Protestbewegung gegen den G8-Gipfel und ihrerseits die Zusammenarbeit mit globalisierungskritischen Bewegungen und Initiativen wie attac, Greenpeace und anderen ausbauen.

Die Demonstration soll der Auftakt einer mittelfristigen Kampagne werden, zu der auch eine Unterschriften-Aktion und ein Kongress gehören sollen.

In den anderen Bundestagsparteien ist eine heftige Debatte über die künftige Afghanistanpolitik entbrannt. Während die Verlängerung des ISAF-Mandates eine klare Mehrheit im Bundestag finden wird, sind die Verlängerungen für den Tornado-Einsatz und die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom höchst umstritten. Derzeit gibt es viele Stimmen aus SPD und Grünen, aber auch aus der FDP und der Union, die den Tornado-Einsatz nicht verlängern wollen und die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom in Frage stellen.

Es besteht die reale Möglichkeit, dass mehr als die vorangegangenen 157 Bundestagsabgeordneten gegen eine Verlängerung des Tornado-Einsatzes stimmen könnten. Darauf zielen die Aktivitäten der Friedensbewegung.

DIE LINKE lehnt den gesamten Bundeswehreinsatz und die falsche Trennung von ISAF und Operation Enduring Freedom ab, da beide Einsätze miteinander verquickt sind.

IN DIESER AUSGABE

Chance für Bombodrom
Seite 2

Tania la Guerillera
Seite 3

Was ist SufH?
Seiten 4+5

Trotz Arbeit arm
Seite 6

Sozial- und Schülerticket
Seite 7

Fachkonferenz »Daseinsvorsorge«
Seite 8

Themen der Oktober-Ausgabe

Das war das 17. Friedensfest

Vorm Kreisparteitag

Kandidatinnen und Kandidaten

Redaktionsschluss für Oktober:
17. September

Bombodrom könnte saniert werden

Das letzte, ablehnende Urteil zum geplanten Bombenabwurfplatz bei Wittstock eröffnet nach Ansicht Cottbuser Wissenschaftler allen Beteiligten Chancen für eine Sanierung des riesigen Geländes, so Wolfgang Spyra, Inhaber des Lehrstuhls Altlasten an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Trotz des Urteils des Potsdamer Verwaltungsgerichts beharrt das Bundesverteidigungsministerium bisher auf den Plänen, die seit 1992 bestehen, hat aber noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Wenn rechtlich Klarheit geschaffen sei, gebe es eine Chance für den Neuanfang. Alle Beteiligten sollten sich an einen Tisch setzen, um Optionen auf der Basis gemeinsamer Interessen zu finden, denn der Bund habe auch noch andere Konversionsflächen und nach dem jetzigen Ergebnisstand vielleicht wenig Neigung, das Bombodrom vorrangig zu sanieren. »Die Bundeswehr könnte für die nächsten 15 oder 20 Jahre Teilflächen an Investoren verpachten und das eingenommene Geld für die Sanierung verwenden« . Auf diese Weise hätte jeder Partner einen Vorteil. Ohne Beräumung der Militäraltlasten sei das Gelände aber nicht zivil nutzbar.

(Die in den Verfahren unterlegene Bundesrepublik hat bis zum 13. September Zeit, beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Zulassung einer Berufung zu beantragen. – ***die Red.****)*

***Gregor Gysi** am 5. Juli im Deutschen Bundestag zur Regierungserklärung »Aufschwung für Deutschland – gute Zeiten entschlossen nutzen«*

Herr Bundesminister Glos, ich muss sagen: Der Aufschwung in Deutschland hat eine Spur mehr Elan als Sie.
(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)
Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das hier etwas mehr zum Ausdruck bringen.
Herr Stiegler, ich war sehr verwundert, als Sie sich über den Neid der Besitzlosen aufgeregt haben. Früher hat die SPD die Interessen der Besitzlosen vertreten.
(Beifall bei der LINKEN)

Bilanz dreier Bundeswehreinsätze ist verheerend!



- 1,3 Millionen Menschen in Afghanistan sind seit 2001 auf der Flucht. In keinem Land sterben so viele Kinder. Ausländische Soldaten brachten 2006 200 Zivilisten um. 2007 wurde diese Zahl bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht.
- Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau in Afghanistan geschützt werden müsste. Aber seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Ein Großteil der Hilfsgelder, die nach Afghanistan gehen, fließt in die Taschen von westlichen Konzernen.
- Wenn die Regierung sagt, dass Deutschlands Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der kaspischen Region.
- ISAF leistet keinen humanitären Wiederaufbau, sondern schützt das Karsai-Regime. Hamid Karsai – über Jahre enger Verbündeter der USA und des Westens – ist nur durch westliche Intervention an die Macht gekommen, und es herrschen wieder die Kriegsherren, welche die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten.

Caritas und Deutsches Rotes Kreuz – seit Jahrzehnten Erfahrungen mit ziviler Hilfe – ermahnten die Regierung, die militärischen und zivilen Aufgaben strikt zu trennen, um die Helfer und die Bevölkerung nicht weiter zu gefährden.

Die Frauenorganisation Womankind Worldwide prangert an, dass seit dem Sturz der Taliban einige Formen der Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmorde, zugenommen haben, während die Sicherheit für Frauen in mehreren Provinzen schlechter ist als 2001.

Nach Christine Buchholz,
(Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der LINKEN)

»Ein Politiker beleidigt unsere toten Soldaten«

Aus einem Leserbrief an »Die Bundeswehr«

Sehr geehrter Herr Stolze, … Oskar Lafontaine (habe) in der Sendung »Sabine Christiansen« … eine unsägliche Attacke auf die Bundeswehr durchgeführt und das angesichts der in Afghanistan gefallenen deutschen Soldaten.

Ich … konnte einen Angriff auf die Bundeswehr nicht sehen, sondern eine Attacke auf eine widersprüchliche, verwerfliche Militärpolitik der deutschen Regierung, die die Bundeswehr zum Werkzeug einer Militärpolitik macht, die letztlich auch dazu führen muss, dass tote deutsche Soldaten zum militärischen Alltag gehören sollen.

… Wir haben militärisch im Ausland nichts verloren. Unsere Pflicht als Deutsche, auch unter Berücksichtigung unserer Vergangenheit, besteht darin, den Menschen in diesen Ländern sinnvoll finanziell und materiell, zu helfen, Menschen auszubilden, damit sie ihre Geschicke in die eigenen, souveränen Hände nehmen können.

So wie es gegenwärtig läuft, unterstützen wir mit Hilfe der Bundeswehr den Staatsterrorismus der USA, den sie im Irak und in Afghanistan betreibt.

Am Beispiel der Einsätze der Aufklärungsflugzeuge der Bundesluftwaffe, die von der Bundesregierung nicht als Kampfeinsätze eingestuft werden, kann man das belegen. Man muss schon ganz schön blöd sein, um sich … einreden zu lassen, die Aufklärungsflüge seien ach so harmlose militärische Flugobjekte. Zielaufklärung, militärische Führung und unmittelbarer Kampfeinsatz sind die drei wesentlichsten Elemente einer Kriegführung. Und diese Kriegführung durch Aufklärung führt eben die Bundeswehr mit Hilfe eines politischen Auftrages der Bundesregierung durch. Die Truppen sollen … die Menschenrechte wahren, stattdessen bombardieren US Flugzeuge immer wieder unschuldige Menschen, und die Bundeswehr liefert dazu die Zielangaben.

… Es fiel Herrn Jung sichtlich schwer, einen Krieg zu verteidigen, den man nicht verteidigen kann und der auch noch Tote (21 Soldaten allein in Afghanistan) gebracht hat.

Als Mitglied des Bundeswehrverbandes mahne ich auch unsere Zeitung, eine objektive Berichterstattung vorzunehmen. … Und ich bleibe auch im Bundeswehrverband, um mitzuwirken, dass die Bundeswehr die Aufgaben erfüllt, die im Grundgesetz verankert sind.

Dieter Schäfer
Oberstleutnant a. D.



Im August war es 40 Jahre her, dass Tamara Bunke im bolivianischen Urwald fiel. Ihr Kampfgefährten Che Guevara wurde wenig später, im Oktober 1967, ermordet.

In der DDR trugen unzählige Arbeitskollektive, DFD- und FDJ-Gruppen den Namen der am 19. November 1937 geborenen Argentinierin, die in Eisenhüttenstadt aufwuchs. Die Arbeitsgemeinschaft Freundschaftsverbindungen der Betriebschule »Tamara Bunke« des VEB Bandtex in Großröhrsdorf hatte 1986 etwa 150 Namensträger unter dem Motto: »Wir ehren Tamara Bunke« dokumentiert.

Auch heute noch ist die Erinnerung an »Tania la Guerillera« besonders im Osten Deutschlands lebendig. Im kleinen Dabel im Mecklenburgischen hütet die Bibliothekarin Rosemarie Bartelt seit dem 26. Juni 1984 ein Bildnis mit dem rückseitigen Text: »Der DFD-Gruppe Tamara Bunke in Dabel, Kreis Sternberg zur Erinnerung an unseren Besuch, die Eltern Tamaras – Tania la Guerilla – Nadja und Erich Bunke, Berlin.« Seitdem gibt es in der Wilhelm-Pieck-Straße auch einen kleinen Gedenkhain mit einem Steinrelief und dem Portrait der Partisanin Tania, das von den Frauen der Dabeler Gruppe bis heute liebevoll gepflegt wird.

Die gesamte Ausgabe der IMPULSE würde nicht ausreichen, um das Leben der deutsch-argentinischen Kommunistin auch nur annähernd darzustellen. Wer sie kannte, und das waren in der DDR fast alle, weiß vieles. Aber immer wieder erscheinen neue Bücher, oft genug Erfundenes und Erlogenes westlicher Geheimdienste.

Der kubanische Journalist Ulises Estrada hält mit seinem im Mai erschienen Buch »Tania – Mit Che Guevara im bolivianischen Untergrund« dagegen. Und er muss es wissen. Er war dabei, als 1959 Batista entmachtet wurde. Er bereitete später Tanja für den Einsatz in Bolivien vor. Und er liebte sie. Als ihr Lebensgefährte schreibt Tanjas »Negrito« mit großer Offenheit und in liebevoller Verteidigung ihrer Integrität als Internationalistin. Das Buch enthält bislang unbekannte Fakten und Dokumente.

»TANIA – Mit Che Guevara im bolivianischen Untergrund«
Aus dem kubanischen Spanisch von Asma Esmeralda Abd'Allah
Portales, 320 Seiten, 19.90 Euro
ISBN 3-026529-67-9,
Atlantik Verlag

Nach Heinz Pocher

Wer verdient an teurer Milch?

Durchschnittlich liegt die Preiserhöhung für Milch- und Milchprodukte bei zehn bis 15 Prozent. Bei Butter mit bis zu 50 Prozent ist wieder das Niveau der 90er Jahre erreicht. Der sieben Jahre alte Milchpreis von unter 28 Cent deckte noch nicht mal die Produktionskosten. Der Verbraucher muss also 20 bis 25 Euro mehr im Jahr ausgegeben.

Die Landwirte jedoch können mehr Einkommen am Markt erzielen und dank verstärkter internationaler Nachfrage, besonders aus China und Russland, ist die Zeit der Butterberge und Milchseen in der EU vorbei. Das ist begrüßenswert.

Doch ist die Höhe der Preissteigerungen nicht immer nachvollziehbar und die Mitnahmeeffekte des Handels sind oft nicht gerechtfertigt.

Grundnahrungsmittel dürfen nicht zu Luxusgütern werden und eine Grundsicherung muss gewährleistet bleiben

Steigende Preise bei Grundnahrungsmitteln, Arzneimitteln, Gas und Strom, verbunden mit den teuersten Wasserpreisen im bundesrepublikanischen Vergleich, werden zu noch mehr Armut und Unterversorgung in Brandenburg führen. Deshalb muss die zuständige Landeskontrollbehörde in Bereichen der Grundversorgung verstärkt ihrer kartellrechtlichen Verantwortung gerecht werden und Preiserhöhungen einer gewissenhaften Missbrauchsprüfung unterziehen.

Die Politik darf sich ihrer Verantwortung für die Sicherung eines Existenzminimums der Verbraucher nicht entziehen. Sozialverbände verweisen schon jetzt darauf, dass Hartz IV um rund 20 Prozent zu niedrig bemessen ist, um Grundbedürfnisse wenigstens auf bescheidenstem Niveau abdecken zu können.

Die Faktion DIE LINKE forderte die Brandenburger Regierung mehrfach auf, aktive Schritte zur Anhebung des Alg II, zur Durchsetzung eines Mindestlohnes und zur spürbaren Erhöhung der Renten einzuleiten.

Renate Adolph,
verbraucherpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE.
im Brandenburger Landtag

Grüne Rote gesucht!

Schon lange vor Neugründung der LINKEN arbeiteten Mitglieder der WASG, Parteilose und Sympathisanten in der »Ökologischen Plattform« und in der »Arbeitsgemeinschaft Umwelt« beim Landesvorstand DIE LINKE.Brandenburg mit. Promovierte Biologen, Energetiker oder Zukunftsforscher, Leute von der Basis, Sprecher für Umweltpolitik/Landwirtschaft/Energie oder Verbraucherschutz, parteilose Landwirte, Frauen und Männer der »Lokalen Agenda 21« sorgten in einer Art Denkfabrik für weit reichende, teils unbequeme Lösungsansätze und sind zugleich Organisatoren aktueller umweltpolitischer Aktionen.

Die AG Umwelt ist mit Vorschlägen und Aktionen aktiv in der Energiepolitik und bei anderen umweltrelevanten Themen. Sie ist Mitglied der GRÜNEN LIGA, dem Netzwerk ökologische Bewegung.

Die Ökologische Plattform und ihre Vierteljahreszeitschrift »tarantel« untersuchen Wirtschaftswachstum kritisch und in Bezug auf die Umwelt. Sie treten ein für Beschäftigungspolitik des post-fossilen Zeitalters, werten relevante Literatur aus und lieferten wichtige Passagen für die Programmatik und Politik DIE LINKE.

Größere Aufgaben erfordern möglichst jüngere Mitglieder. Also, ich werbe für eine Mitgliedschaft in den genannten Zusammenschlüssen. Nicht nur Parteimitglieder und Gastmitglieder (Satzung §5) sind angesprochen, ebenso interessierte Sympathisanten, vor allem aber Jugendliche und junge Erwachsene. Eine Erklärung genügt. Niemand zahlt einen gesonderten Beitrag, aber alle werden regelmäßig über relevante Themen informiert und etwa zweimal jährlich zu Beratungen eingeladen. Der Grund meiner Werbung ist ganz simpel: »Bundesweit« ist ein Zusammenschluss, wenn er in mindestens acht Landesverbänden ein Zweihundertstel der Mitglieder repräsentiert oder entsprechend der Landessatzung anerkannt ist.

Friedrich Pietsch,
Strausberg

Ansprechpartner:
Sprecher der AG Umwelt Christian Rehmer - Rehmer@web.de; Tel. 03334-38 76 28
Ökologische Plattform - Manfred Wolf, manfredwolfberlin@web.de; Tel. 030-2411127



Mit Bernd Sachse, MOL-Kreisvorsitzender, beim THW in Seelow. Der Leiter Herr Strohbach (Mitte) informierte über die Probleme des Katastrophenschutzes und Gründe der eingeschränkten Einsatzbereitschaft des Zuges; Zugführer Walter über Ausbildungsdefizite und ungenügende Ausstattung.



Mit Uwe Hädicke, Stadtvorsitzender der Ortsgruppe Seelow, in einem der wenigen Betriebe in MOL. Werksleiter Herr Fink erläutert, wie in der modernen Firma Frenzel das frisch verarbeitete Oderbruchgemüse verpackt wird.



Pause mit den Revierpolizisten vor dem Rathaus Falkenberg



In der Leitstelle der Polizeiwache Bad Freienwalde, gemeinsam mit Dieter Schäfer, Vorsitzender der Kreistagsfraktion.



1000 Euro Spende für die Suppenküche Bad Freienwalde von den Bundestagsabgeordneten der LINKEN, übergeben an den Vereinsvorsitzenden und Kreistagsabgeordneten Joachim Fiedler.

Sprechstunde **u**nter **f**reiem **H**immel = **SufH**

Es ist inzwischen Tradition. Mit Beginn der parlamentarischen Sommerpause tourt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE Dr. Dagmar Enkelmann über Land – diesmal je eine Woche quer durch Brandenburg und durch den Barnim, zwei Wochen in Märkisch-Oderland.

Mit der Sprechstunde zu den Wählerinnen und Wähler zu gehen, bereit zu sein, Rechenschaft über die eigene Arbeit abzulegen und sich den Problemen vor Ort zu widmen, kommt an. Ihrer Aufforderung, sie zu begleiten, waren Gemeindevertreter, Kreis- und Landtagsabgeordnete gefolgt und bereicherten damit die Gespräche. Die neue LINKE war Thema Nr. 1 bei Mitgliedern und Sympathisanten. Mindestlohn, Rente mit 67, die Bundeswehr in Afghanistan und Ökologie die beherrschenden Bundesthemen. Auf Landesebene kam häufig Kritik zur Bildung in Brandenburg.

Viele Probleme der Kommunalpolitik wurden an Dagmar Enkelmann heran getragen, die ja selbst engagierte Kommunalpolitikerin ist. Der geplante Wohnungsverkauf durch den Bund, der Baum auf dem Markt, die Seniorenbetreuung oder die Kita – jedes Problem erhielt die gleiche Aufmerksamkeit und keins geht nach der Tour verloren. Aber nicht nur Gespräche unter freiem Himmel gab es, auch viele in Einrichtungen der Daseinsvorsorge, in Betrieben und Vereinen.

Die Hinweise und Anregungen, die Kritiken und das Lob sowie die Erwartungen der Menschen an die LINKE und ihre Abgeordneten werden das neue parlamentarische Jahr beeinflussen.



Vor dem Einkaufszenter Hoppegarten mit Ruth Schäfer, Gemeindevertreterin und Renate Adolph, MdL. Dagmar Enkelmann im Gespräch mit Michael Gläser, Stadtverordneter der SVV in Altlandsberg.



Antje Kircheis erläutert Dagmar Enkelmann und Bürgermeister Schaller der Gemeinde Rüdersdorf ein Fitness- und Freizeitprogramm für Senioren.



Liebevoll serviert u.a. Käthe Pawlak (rechts) während der Sprechstunde unter freiem Himmel auf dem Seelower Puschkinplatz das Rote Frühstück, während Dagmar Enkelmann Unterschriften für das Sozialticket sammelt.



Dagmar Enkelmann begutachtet mit dem Ausbildungsleiter des Überbetrieblichen Ausbildungszentrums Wriezen Herrn Wiedmer ein Gesellenstück der Tischler.

Schöne Aussichten …

Volksvertreterinnen im Klärwerk Münchehofe



Die Aussicht reicht bis zu Fernsehturm und Müggelbergen. Das Zementwerk Rüdersdorf, das Rathaus Neuenhagen, das Siedlungsgebiet von Hönow und die Hochhäuser von Marzahn und Hellersdorf sind zu sehen – mit viel Grün dazwischen. Die linken Parlamentarierinnen aus Bundestag, Landtag und Abgeordnetenhaus – Dagmar Enkelmann, Renate Adolph und Marion Platta – genießen die Sicht vom 33 m hohen Faulturm des Klärwerkes Münchehofe im »Grenzgebiet« von Berlin-MOL. Sie nutzen die parlamentarische Sommerpause, um sich von Gerd Peters, Leiter der Abwasserentsorgung der Berliner Wasserbetriebe, und dem Chef der hiesigen Anlage, Karsten Schwieger, die Wirkweise des Betriebes erklären zu lassen. Rund 50 Prozent der Abwässer, die hier im Hoppegartener Ortsteil aufbereitet werden, kommen vom Zweckverband Strausberg-Erkner. Die Auslastung des Klärwerkes liegt bei 96 Prozent, in Brandenburg eine Ausnahme. Das gereinigte Wasser wird in bester Qualität wieder in die benachbarte Erpe eingeleitet. Die Anlage, 1976 erbaut, ist zur Zeit die größte Baustelle der Berliner Wasserbetriebe. Die drei Faultürme für die Schlammbehandlung und -entwässerung werden saniert und eine Anlage zur gründlicheren Beseitigung von Stickstoff- und Phosphor im Abwasser errichtet.

Renate Adolph

MOL-Ticker

• 30% der Beschäftigten der Firma Walter Service erhalten wegen der geringen Löhne Ergänzung zum Lebensunterhalt, sprich Sozialhilfe. Auch die von der Landesregierung gefeierte »Jobmaschine« hat staatliche Förderung erhalten.

• Die Kreishandwerkerschaft steht vor der Insolvenz. Alle Konten, auch die der Innungen, sind gesperrt Die Kammer Frankfurt/O hat den Innungen mit sofortiger Wirkung die Lehrausbildung entzogen. Für die Prüfungen in den Innungen (Gebühren) geht die Kammer in Vorleistung.

• Derzeit gibt es in Märkisch-Oderland 27.336 Alg-II-Empfänger. Das sind 100 weniger als zu Jahresbeginn. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist mit den seit 2006 geltenden veränderten gesetzlichen Grundlagen um fast 3000 zurückgegangen. Unter 25-Jährige dürfen nur noch selten aus dem Elternhaus auszuziehen um eine eigene Wohnung, deren Kosten vom Jobcenter getragen werden, zu beziehen. 45 Millionen Euro Mietzuschüsse zahlt der Landkreis für Hartz-IV-Empfänger. Das ist im 220 Millionen Euro Kreishaushalt der größte Einzelposten. Nur 31,2 Prozent dieser Summe gibt es vom Bund zurück. MOL hat das größte Jobcenter des Landes und zählt die meisten Bedarfsgemeinschaften.

Am 1. August änderten sich die Richtlinie für die Berechnung der Zuschüsse. Aber auch künftig werden Betriebskosten in Höhe von 1,18, Heizkosten von 1,15 und Grundmietenzuschuss von 4,60 Euro je Quadratmeter gewährt. Für alle Bedarfsgemeinschaften-Varianten sind Obergrenzen und Wohnungsgrößen festgelegt. Eine Person hat Anspruch auf 50 Quadratmeter Wohnfläche, bei zwei Personen werden 65, bei drei 80, bei vier 90 und bei fünf Personen 100 Quadratmeter als »angemessen« anerkannt. Für jede weitere Person kommen jeweils zehn Quadratmeter hinzu. Manchmal kann die Zahlung von Wohngeld für die Betreffenden günstiger sein.
Das betrifft vor allem so genannte Aufstocker, die also einen geringen Verdienst haben und nur kleine Zuschüsse erhalten. Wohngeld wird in voller Höhe vom Bund gezahlt.

Beschluss des Gründungsparteitages der LINKEN am 16. Juni 2007

LINKE macht Druck für gesetzlichen Mindestlohn von 8 EURO + je Stunde!



Die Mindestlohnkampagne wird fortgesetzt. Alle Parteigliederungen sind aufgefordert, die Forderung weiterhin gezielt in die Öffentlichkeit zu tragen. Angesichts der verheerenden Wirkungen der Hartz IV-Gesetze, die den Druck auf die Löhne noch verstärken, werden wir im Bundestagswahlkampf 2009 diese Forderung als eine unserer Kernforderungen in den Mittelpunkt stellen.

Ich kann diesen Beschluss zum gesetzlichen Mindestlohn nur begrüßen. Im Kreisverband haben wir uns mehrfach öffentlich dazu bekannt und eine überwältigende Zustimmung gefunden. Unser Landesparteitag war der Beschlussempfehlung unseres Kreisverbandes zur Fortführung der Kampagne einstimmig gefolgt.
In einer Region wie Märkisch-Oderland mit seinen großen Strukturproblemen und der bestehenden hohen Arbeitslosigkeit ist der Trend zu nichtexistenzsichernden Löhnen besonders bemerkbar. Dies wird durch das Anwachsen der Anzahl der Bezieher von ergänzenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sehr eindeutig belegt. Gerade im Niedriglohnsektor ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad schwach oder nicht vorhanden. Eine Lösung mit Verweis auf die Tarifautonomie ist völlig unrealistisch. Es ist jedoch auch nicht hinnehmbar, dass der Staat die Gewinne der Unternehmen auf Dauer über ergänzende Sozialleistungen bezahlt.

Inzwischen ist dieses Thema für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Gerechtigkeit ein maßgebliches. Es ist in der Gesellschaft mit zwei Dritteln mehrheitsfähig. Im Interesse der davon Betroffenen kämpfen wir um die parlamentarische Mehrheit.

Bernd Sachse,
Kreisvorsitzender

Trotz Arbeit arm!

Immer mehr Menschen rutschen mit ihrem Einkommen unter das Existenzminimum und sind deshalb auf staatliche Leistungen angewiesen. Beschäftigungen zu Mini-Löhnen nehmen zu. Inzwischen gibt es in Brandenburg 121.000 so genannte Aufstocker, die mit ihrer Arbeit so wenig verdienen, dass sie sich Geld vom Staat holen müssen. Als arm definiert ist, wer weniger als 347 Euro im Monat übrig behält, wenn er die Miete bezahlt hat.

Der Slogan »Hartz IV – das ist Armut per Gesetz« hat sich nach Ansicht des Landtagsabgeordneten der LINKEN Christian Görke auf der ganzen Linie bewahrheitet.

Nach einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Umfrage fürchten 38 Prozent der Brandenburger, auf ihre alten Tage in Armut leben zu müssen. Zwar ist der Prozentsatz der armen Senioren derzeit mit ein Prozent noch gering. Doch steigt die absolute Zahl der betroffenen Rentner ständig.

In eigener Sache!

Ab und an erreichen die Redaktion Briefe, warum wir manches veröffentlichen und anderes nicht. So schrieb im Mai Edith Hofmann aus Eggersdorf, ob wir nicht auch die alljährliche »kleine Kundgebung« in Altlandsberg zum Tag der Befreiung in IMPULSE ankündigen könnten. Der Bürgermeister würde immer eindringliche Worte des Erinnerns finden. Und es ginge doch um die Sache, nicht um Parteien oder Personen.

Recht hast Du, liebe Edith Hofmann, und Dank Dir und einem solchen Bürgermeister.

Gern hätte ich gerade diesen Termin angekündigt, aber ich kannte ihn nicht. Das ist schade, kann sich aber nur ändern, wenn die Redaktion möglichst früh informiert wird.

Ob per E-Mail, Briefchen, Anruf ist egal. Adressen und Nummern stehen in IMPULSE. Versuchen wir es also. ch

Weiter Auseinandersetzung um Kommunalverfassung

Das erklärtermaßen wichtigste Reformvorhaben der SPD-CDU-Koalition in dieser Legislaturperiode – die Novellierung der Kommunalverfassung – droht zu einer Luftnummer zu werden. Die Widersprüche zwischen den Koalitionspartnern werden schon daran deutlich, dass der ursprüngliche Zeitplan des Vorhabens deutlich überschritten ist und mehrere Sitzungen des Koalitionsausschusses für Burgfrieden sorgen mussten. Allerdings hat die Zerrissenheit in der CDU dazu geführt, dass sich die SPD bisher weitgehend durchsetzen konnte.

Die grundlegende Novellierung ist jedoch schon allein deshalb fragwürdig geworden, weil das verkündete Anliegen der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung mit dem Referentenentwurf des Innenministeriums und der Einigung des Koalitionsausschusses nicht erfüllt wird. Das gilt insbesondere für die eigentlich beabsichtigte Verbesserung der Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen. Die jetzt von der SPD durchgesetzte Streichung der von der CDU gewollten Drittschutzklausel für Private ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Das ändert aber nichts daran, dass das Land Brandenburg mit der beabsichtigten Neuregelung nicht den Interessen der Kommunen an einem größeren Handlungsspielraum gerecht wird und hinter dem zurückbleibt, was in anderen Ländern seit längerem selbstverständlich ist. Die Linke wird sich insbesondere für eine wirksame Öffnung des Örtlichkeitsprinzips einsetzen, um die Konkurrenzfähigkeit kommunaler Unternehmen zu stärken.

Direktwahl der Landräte ab 2010 ist ein fauler Kompromiss, der nicht das letzte Wort sein darf. Wer diese Direktwahl wirklich will, muss sie ab 2008 einführen.

Mit der geplanten Streichung des Katalogs von Selbstverwaltungsaufgaben sendet die Landesregierung völlig falsche Signale, denn damit schwächt sie die Kommunen in ihrer Verantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge.

Unter diesen Voraussetzungen sind in der im September beginnenden parlamentarischen Beratung heftige Auseinandersetzungen zu erwarten. Die LINKE wird mit eigenen Vorschlägen aufwarten und sich dafür einsetzen, dass Sachverständige und Betroffene die Möglichkeit haben, ihre Forderungen und Anregungen vor dem Innenausschuss vorzutragen. Die Chance für eine wirkliche Stärkung der Kommunen darf nicht leichtfertig verspielt werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag

Für einkommensunabhängige Mobilität

Linksjugend [solid] auf Landes-Tour

»Mit dem Ergebnis sind wir sehr zufrieden«, so Roland Gehrmann, stellvertretender Landessprecher der Linksjugend [solid] Brandenburg. Man habe im Rahmen einer Sommer-Tour vom 4. bis 11. August über 1.000 Unterschriften für zwei Volksinitiativen gesammelt. »Die Anstrengungen haben sich gelohnt. Eine Woche lang waren wir in insgesamt 17 Städten präsent und standen an Infoständen für Gespräche zur Verfügung.«

Über 600 der Unterschriften seien für das Sozialticket gesammelt worden. Dabei ginge es darum, dass Menschen, die derzeit aus wirtschaftlichen Gründen von Ausgrenzung durch fehlende Mobilität bedroht sind, am beruflichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben wieder teilhaben können. Bei einem geringen Einkommen soll man das Monatsticket für den öffentlichen Nahverkehr für maximal die Hälfte des Preises beziehen können.

Die anderen knapp 400 Unterschriften sind für die Volksinitiative »Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar« zusammen gekommen. Roland Gehrmann, selbst aus einer ländlichen Region stammend: »Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite überall Schulen geschlossen und die Schulwege somit länger werden, gleichzeitig auf der anderen Seite die Eltern im wachsenden Maße zur Kasse gebeten werden.« Die Linksjugend [solid] Brandenburg fordere daher die volle Kostenübernahme, mindestens aber eine finanzielle Beteiligung der Landkreise an der Schülerbeförderung. Dafür, dass die Landkreise dies überhaupt dürfen, bedarf es einer Änderung des Schulgesetzes.

»Wir hoffen, mit den Unterschriften einen Beitrag zum Erfolg der Volksinitiativen geleistet zu haben. Wenn in beiden Fällen die 20.000 Unterschriften zusammen kommen, liegt es in den Händen der Landesregierung, verantwortungsvoll zu entscheiden«, meint Katharina Dahme, Landessprecherin des Jugendverbandes und ebenfalls an der Tour beteiligt. Während dieser hat sie vor allem die Resignation vieler Brandenburger Bürgerinnen und Bürger erschreckt. »Viele der Menschen, die wir unterwegs getroffen haben, waren sichtlich froh, mit jemandem über ihre Probleme reden zu können«.

Drittes Anliegen der Tour war die bundesweite Kampagne zur Wiederaufnahme des Verbotsverfahrens gegen die NPD. Mehr als 100.000 Menschen haben bislang einen entsprechenden Aufruf an die Abgeordneten des Bundestages unterschrieben. Die jungen Aktivisten erlebten unterwegs steigende Präsenz von Rechtsextremen, sei es in Form von rechten Übergriffen oder der Gründung neuer NPD-Kreisverbände. Katharina Dahme leitet daraus unmittelbaren Handlungsbedarf für ['solid] in Brandenburg ab: »Wir werden weiterhin auf die Straße gehen und versuchen, Aufmärsche rechter Organisationen zu verhindern. Das heißt aber auch, dass wir eintreten müssen für die Förderung alternativer Jugendprojekte durch die Landesregierung. Wer derartige Fördermittel streicht, nimmt ein Erstarken der extremen Rechten wehrlos hin.«

Sozialticket für Brandenburg



Bis Ende September versucht ein breites Bündnis, 20.000 Unterschriften dafür zu sammeln, dass Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen von Ausgrenzung durch fehlende Mobilität bedroht sind – wie Erwerbslose, sozial Benachteiligte, sowie Niedrig- und Armutslöhner/innen – preiswerter die öffentlichen Nahverkehrsmittel benutzen können. Über den Weg der direkten Demokratie soll die Landesregierung dazu gebracht werden, sich ein Beispiel an Berlin zu nehmen und das Ticket ab 2008 einzuführen.

In MOL wurden über 2000 Unterschriften gesammelt, wie auch in Strausberg-Vorstadt. (siehe Foto)

»Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar!«

Bei dieser seit 2004 existierenden Volksinitiative eines Aktionsbündnisses geht es auch um Tickets. Hier jedoch sind sie aber eher das Problem als die Lösung. Hintergrund ist eine Regelung des Brandenburgischen Schulgesetzes, das Landkreisen eine Befreiung der Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung verbietet. Es fehlen nur noch knapp die Hälfte der benötigten 20.000 Unterschriften, um eine entsprechende Gesetzesänderung im Landtag einzufordern und im Falle einer Ablehnung durch das Parlament einen Volksentscheid als nächste Stufe der direktdemokratischen Willensbildung starten zu können.

LINKE-Bürgerbüros der Abgeordneten

Dagmar Enkelmann – MdB
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiter: Bernd Sachse
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser – MdL
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiterin: Helga Burgahn
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 8.00 – 16.00 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Wolfgang Heinze – MdL
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Mitarbeiter: Uwe Hädicke
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21
Fax: 0 33 46 / 88 41 59
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
heinze-seelow@web.de

Gerlinde Stobrawa – MdL
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8
Mitarbeiter: Joachim Fiedler
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr
Do. 9.00 – 17.00 Uhr
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

Renate Adolph – MdL
15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Mitarbeiterin: Helga Hummel
Tel.: 030 / 99 27 47 49
Fax: 030 / 99 27 47 43
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr
renate@adolph.de
www.adolph.de

LINKE-Geschäftsstellen

STRAUSBERG
Große Straße 76
15344 Strausberg
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96
Fax: 0 33 41 / 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

SEELOW
Breite Straße 9, 15306 Seelow
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17
www.pds-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr
Di. 9.00 – 12.00 Uhr
15.00 – 17.00 Uhr

BAD FREIENWALDE
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66
Öffnungszeiten:
Di. 9.00 – 11.30 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr



Einladung zur Fachkonferenz »Daseinsvorsorge«

Für die Linksfraktion im Brandenburger Landtag wird – gemeinsam mit der zusammen wachsenden neuen Linkspartei im Land – 2007 zum Jahr des Dialoges werden, des Dialoges über die Zukunft Brandenburgs. Darüber wollen wir mit vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern ins Gespräch kommen.

Im Leitbildentwurf wird die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger als zentrale Aufgabe des modernen Staates bezeichnet. Die Infrastruktur öffentlicher Dienstleistungen soll bedarfsgerecht und flächendeckend angeboten werden, das Verwaltungshandeln transparent und leistungsorientiert gestaltet werden. Dies ist der Maßstab für die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen.

Fachkonferenz zur »Daseinsvorsorge in Brandenburg« am 21. September von 10.00 bis 16.00 Uhr in Potsdam, im BlauArt Tagungshaus, Hermannswerder 23.

Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende im
Landtag Brandenburg

»Die DDR war ein Teil meines Lebens«

Ein deutsches Geschichtsbuch 1918 – 2000

Im Internet steht? Sind Sie in der DDR groß geworden? Ärgern auch Sie sich über die westliche Berichterstattung? Finden auch Sie, Sie haben in der DDR ein anderes Leben geführt? Dann lesen Sie dieses Buch. Sie werden sich darin wiedererkennen.

Der Autor hat 50 Frauen und Männer aus allen Teilen der DDR interviewt. Die Ältesten wurden 1918 geboren, die Jüngsten 1971. Vom Straftäter bis zum Professor sind alle Schichten vertreten, die Berufszweige weit gefächert. Einer von ihnen fühlte sich dermaßen unterdrückt, dass er einen Ausreiseantrag stellte und seither im Berliner Westen lebt. Im Übrigen liest man in diesem Buch nicht die von westlichen Meinungsmachern immer gewünschten Klagen, wie entsetzlich man unter der Diktatur und unter den Staatssicherheitsbehörden gelitten hat. Fast alle Autorinnen und Autoren identifizieren sich nach wie vor mit der DDR und bezeichnen sie als ihr Land, ihre Heimat. Auch der Ausgereiste schreibt: »Meine Heimat ist drüben«

M. Fraumann
15 Euro, Schibri-Verlag 2006,
ISBN-13: 9783937895413,
ISBN-10: 3937895418

TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN SEPTEMBER 2007

3.9., 18.00 Uhr, öffentliche Redaktionssitzung für IMPULSE, LinksTreff, Strausberg, Wallstraße 8
5.9., Treffen der BO-Organisatoren, LinksTreff, Strausberg
8.9., 9.00 Uhr, Kranzniederlegungen an Gedenkstätten im Ort.
11.00 Uhr, Landesparteitag/ Gründungsparteitag, Brandenburg an der Havel, CulturCongressCenter,
9.9., 10.00 Uhr, Tag »Opfer des Faschismus« (OdF), Gedenken in Strausberg, Wriezener Straße im Hof des Seniorenheimes »Bonhoeffer«, mit MdL Kerstin Kaiser und Kreisvorsitzendem B. Sachse
13.9., 18.00 Uhr, Konstituierung des Wahlaktivs der LINKEN-MOL, LinksTreff
15.9., 10.00 Uhr, Landesseniorenspiele Brandenburgs, Strausberg, Sport- und Erholungspark, Landhausstraße, mit MdB Dagmar Enkelmann und MdL Kerstin Kaiser
11.00 Uhr, Gewerbe- und Kunstmesse (GUK) der Gemeinde Petershagen-Eggersdorf, »Giebelseehalle«, am Stand der LINKEN Kerstin Kaiser, Linksfraktionsvorsitzende im Landtag Brandenburg, zum Thema »Dialog für ein Brandenburg der Regionen«
12.00 Uhr, Demonstration und Kundgebung »Frieden für Afghanistan - Bundeswehr raus«
22.9., 9.00 Uhr, D. Enkelmann und K. Kaiser beim 12. Ausbildungstag in Strausberg, Wriezener Straße 28, Oberstufenzentrum

IMPULSE
www.dielinke.de

Herausgeber:
Kreisvorstand der Linkspartei.PDS – MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel 0173-61 400 67
E-Mail: hempel@typegerecht.de
Redaktionsschluss: 20. August 2007

Gesamtherstellung:
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg
03341 - 30 94 05 · info@slc-gmbh.de